



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 10.07.2013

Pressemitteilung

Manfred Groh MdL: Zeitgeistdenken hilft einer langfristig ausgerichteten Verkehrspolitik für Karlsruhe nicht weiter

Die von OB Dr. Frank Mentrup während des ersten Erörterungstermins zum Bau einer zweiten Rheinbrücke gemachten Äußerungen, wonach die derzeitigen Planungen überholt seien, wurden von Manfred Groh mit Verwunderung wahrgenommen.

„Eine vernünftige Verkehrsplanung darf nicht einem kurzfristigen Zeitgeist folgen, sondern muss sich immer daran orientieren, was langfristig dazu beiträgt, wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen und damit Wohlstand für alle zu sichern. Dies ist nachhaltige Politik. Natürlich ist der nachhaltigen Mobilität eine gewisse Bedeutung beizumessen. Dieser Aspekt ist aber nur einer von vielen, der berücksichtigt werden muss“, entgegnet Manfred Groh den Äußerungen von OB Dr. Mentrup.

„Natürlich mag ein Fahrradweg für den einen oder anderen eine wichtige Sache sein. Man darf aber bei der derzeitigen Diskussion nicht vergessen, dass es u.a. auch darum geht, den Tausenden von Pendlern den täglichen Weg zur Arbeit zu

erleichtern. Das Fahrrad wird dabei auf beiden Seiten des Rheins für die allerwenigsten von entscheidender Bedeutung sein“, ist Manfred Groh überzeugt.

„Wer heute aber mit Bestimmtheit glaubt zu wissen, wie sich in 30 Jahren die Menschen fortbewegen werden, ob vorrangig mit dem Fahrrad oder dem Auto, besitzt anscheinend seherische Fähigkeiten. Die im Faktencheck präsentierten Zahlen legen jedoch nahe, dass wir mit einer Zunahme des motorisierten Individualverkehrs auf der Rheinbrücke zu rechnen haben“, so der CDU-Landtagsabgeordnete weiter.

Groh kritisiert auch die Forderung des Oberbürgermeisters, die Planungen zum Bau einer zweiten Rheinbrücke wieder auf Null stellen zu wollen. Weder der OB noch der Gemeinderat haben bei diesem Projekt ein Befassungsrecht. Die Stadt wird, wie viele andere auch, als Träger öffentlicher Belange gehört. Darüber hinaus verweist er auf die festgefahrene Blockadehaltung von SPD, Grünen und weiterer Gruppierungen im Gemeinderat.

„Weite Teile dieser Parteien sind grundsätzlich gegen jede Form von Rheinbrücke, egal wie fortschrittlich die Planungen auch sein mögen. Nicht zuletzt würde ein Neubeginn der Planungen zu einer weiteren jahrzehntelangen Verzögerung beim Bau der zweiten Rheinbrücke führen. Das kann nicht im Interesse der Stadt Karlsruhe und des Umlandes sein. Schließlich ist die jetzige Trassenführung eine faire Lösung der Verkehrsthematik auf beiden Seiten des Rheins. Aufgrund dessen halte ich es für anmaßend ein berechtigtes Interesse der Pfälzer Seite zu einfach zu ignorieren. Dass es sich bei der Lenkung der Verkehrsflüsse der neuen Brücke an das Ölkreuz bis zur Anbindung an die B 36 zunächst um eine Interimslösung handelt, ist logisch“, so Groh abschließend.